

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004379/2025
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

**Estrella Galán (The Left), Rosa Serrano Sierra (S&D), Sebastian Everding (The Left),
Elena Kountoura (The Left), Isabel Serra Sánchez (The Left), Catarina Martins (The
Left), Leire Pajín (S&D), Ana Miranda Paz (Verts/ALE), Cristina Guarda (Verts/ALE)**

Betrifft: Schwerwiegende Mängel beim Zugang zu einer spezialisierten
Gesundheitsversorgung im Krankenhaus El Bierzo (Spanien)

Aufgrund fehlender nachhaltiger öffentlicher Investitionen und der Privatisierung von Gesundheitsdienstleistungen kommt es in zahlreichen Regionen der Europäischen Union, die mit einem Bevölkerungsrückgang zu kämpfen haben, zu Verstößen gegen Artikel 35 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

In Spanien stellt die Situation des Krankenhauses El Bierzo in Ponferrada (Kastilien und León), das mehr als 125 000 Menschen versorgt, ein besonders besorgniserregendes Beispiel dar.

Die Organisation OncoBierzo, die sich aus Patienten und Begleitpersonen der Onkologieabteilung zusammensetzt, prangert seit Monaten den Mangel an medizinischem Fachpersonal, die Aussetzung von Behandlungen und die fortschreitende Verschlechterung der Dienstleistungen des öffentlichen Krankenhauses, insbesondere in der Onkologieabteilung, an.

Mit ihrer Tätigkeit machen sie auf ein Problem aufmerksam, das zahlreiche ländliche Gebiete in Europa betrifft, in denen sich die territorialen Ungleichheiten verschärfen und dadurch der soziale und territoriale Zusammenhalt in der Union gefährdet wird.

Angesichts der Ziele von Europas Plan gegen den Krebs und der Maßnahmen zur Förderung des territorialen Zusammenhalts ergeben sich Fragen.

1. Wie gedenkt die Kommission die Umsetzung von Europas Plan gegen den Krebs in ländlichen und entlegenen Gebieten sicherzustellen?
2. Welche Maßnahmen gedenkt die Kommission zu ergreifen, um wirtschaftliche und territoriale Diskriminierung beim Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdienstleistungen zu verhindern?
3. Beabsichtigt die Kommission die Bereitstellung von spezifischen Finanzmitteln und Anreizen zur Stärkung der öffentlichen Gesundheitsversorgung, insbesondere im onkologischen Bereich?

Eingang: 5.11.2025